



## **Wöchentliche Steuernachrichten (Tax-News) 10. Juli 2023\***

### **EU-Kommission veröffentlicht „Annual Report on Taxation“ 2023**

Die Europäische Kommission hat am Montag, den 3. Juli, ihren Jahresbericht über die Besteuerung 2023 veröffentlicht, in dem die jüngsten Trends in den Steuersystemen der EU bewertet werden und aufgezeigt wird, wie die Steuerpolitik, die Umsetzung und die Einhaltung der Vorschriften verbessert werden könnten. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Steuereinnahmen im Jahr 2021 in absoluten Zahlen 40,6 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der EU ausmachten, 0,6 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2020. Aus dem Bericht geht hervor, dass die EU in hohem Maße auf die Besteuerung der Arbeit angewiesen ist, auf die in einem bestimmten Jahr mehr als die Hälfte aller Steuereinnahmen in der EU-27 entfallen. Die Mehrwertsteuer ist ebenfalls eine wichtige Einnahmequelle, die von 6,9 % des BIP im Jahr 2020 auf 7,4 % des BIP 2021 gestiegen ist. Die Einnahmen aus der Körperschaftssteuer als Anteil am BIP stiegen von etwa 2,4 % im Jahr 2020 auf 3 % im Jahr 2021. Die Umweltsteuern blieben sowohl 2020 als auch 2021 unverändert bei 2,2 % des BIP in der EU. Im Mittelpunkt des Berichts 2023 steht eine Diskussion und Analyse des Steuermixes und der Frage, wie die Steuersysteme angesichts struktureller Veränderungen wie demografischer Wandel, Digitalisierung, Globalisierung, Ungleichheiten, Klimawandel und Umweltzerstörung neugestaltet werden können. Am selben Tag stellte die GD TAXUD der Europäischen Kommission ihren Bericht im Rahmen einer Online-Veranstaltung vor.

### **EU-Kommission zieht Bilanz über die Fortschritte von Säule I (Pillar I) des globalen OECD-Steuerabkommens**

In einem am Freitag, den 30. Juni, veröffentlichten Bericht begrüßte die Europäische Kommission die bisher erzielten Fortschritte und forderte alle Teilnehmer auf, letzte Anstrengungen zu unternehmen, um eine Einigung über das Multilaterale Übereinkommen (MLC) über die Neuaufteilung der Besteuerungsrechte (sogenannte erste Säule der OECD) zu erzielen. In dem Bericht wird insbesondere darauf hingewiesen, dass die Regeln zu Betrag A, die den Mitgliedern der Task Force on the Digital Economy (TFDE) bereits als annehmbar erscheinen, vom OECD-Sekretariat in Bestimmungen zur Aufnahme in die MLC und eine erläuternde Erklärung umgesetzt werden. Die technische Arbeit der TFDE ist jedoch noch nicht abgeschlossen, und in den kommenden Wochen sind mehrere Sitzungen anberaumt, um verschiedene Themen zu diskutieren und zu vereinbaren: - die Beseitigung der Doppelbesteuerung, der Safe Harbour für Marketing und Vertrieb und die Behandlung von Quellensteuern, - die Aussetzung und Rücknahme der Besteuerung digitaler Dienstleistungen und anderer einschlägiger ähnlicher einseitiger Maßnahmen, - die Umsetzung einer autonomen Befreiung für inländische Unternehmen und die Ausnahmeregelung für defensive Einkünfte, - sowie die Bedingungen für das Inkrafttreten. Das OECD-Sekretariat beabsichtigt, die technischen Arbeiten bis zum 10. bis 12. Juli 2023 abzuschließen und das Paket der MLC

und der Erläuternden Erklärung vorzulegen. Die feierliche Unterzeichnung der MLC wird für Ende 2023 erwartet. Das OECD-Sekretariat plant außerdem, im Juli eine vorläufige Einigung über die Hauptbestandteile des Betrags B zu erzielen, der bis Ende 2023 einer Validierungsphase unterzogen werden soll. Die Kommission betonte, dass sie ihr Möglichstes tun wird, um eine rechtzeitige und kohärente Umsetzung der ersten Säule auf EU-Ebene zu gewährleisten.

## **Spanische EU-Ratspräsidentschaft veröffentlicht steuerpolitische Agenda für die kommenden 6. Monate**

Die spanische EU-Ratspräsidentschaft begann am Samstag, den 1. Juli. Sie hat nun ihre Sitzungsagenda und ihr vollständiges Programm veröffentlicht. Darin heißt es, dass sie "die Dossiers im Bereich der Unternehmensbesteuerung, der indirekten Steuern und der Zölle vorantreiben wird, um die Belastung für Privatpersonen und Unternehmen zu verringern und Steuerhinterziehung und -umgehung zu bekämpfen". Während des Semesters, das bis zum 31. Dezember läuft, wird die spanische Präsidentschaft die Arbeit an dem Rahmen für die Einkommensbesteuerung von Unternehmen in Europa (BEFIT) aufnehmen, der am 12. September veröffentlicht werden soll. Die Präsidentschaft plant eine erste politische Debatte über diesen Vorschlag auf der Ecofin-Tagung am 17. Oktober. Er wird auch die Beratungen über die Richtlinie zur Verhinderung des Missbrauchs von Briefkastenfirmen (UNSHHELL) wieder aufnehmen, um auf der Tagung des Rates "Wirtschaft und Finanzen" am 9. November eine Einigung zu erzielen. Eine Einigung über UNSHELL würde es der Europäischen Kommission Berichten zufolge ermöglichen, ihren SAFE-Vorschlag zur aggressiven Steuerplanung vorzulegen. Der spanische Ratsvorsitz strebt auch eine Einigung über das Paket zur Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter (ViDA) an, das im Dezember 2022 vorgelegt werden soll. Zum jüngsten Vorschlag für einen neuen Rahmen für die "schnellere und sicherere Entlastung von Quellensteuerüberschüssen" (FASTER) und zum angepassten Paket der neuen Eigenmittel sieht der spanische Ratsvorsitz lediglich einen Fortschrittsbericht vor.

## **ECON-Ausschuss des EU-Parlaments veröffentlicht Initiativbericht über die Rolle von Steuerpolitik in Krisenzeiten**

Der Entwurf eines Initiativberichts des ECON-Ausschusses über die Rolle der Steuerpolitik in Krisenzeiten wurde kürzlich veröffentlicht. Der von der Europaabgeordneten Kira Marie Peter-Hansen (Grüne/EFA, Dänemark) verfasste Bericht konzentriert sich auf die stärksten negativen Auswirkungen, die die COVID-19-Krise auf die Gesellschaften in der EU hatte, und darauf, welche Lösungen für diese Auswirkungen in einem solideren und gerechteren Steuersystem gefunden werden können. "Zwar lässt sich nicht alles durch Steuerreformen beheben, doch kann ein gut funktionierendes und gut konzipiertes Steuersystem gesunde Gesellschaften gewährleisten, in denen Einkommen und Vermögen gerecht verteilt werden, Arbeit in einer kohlenstofffreien Wirtschaft geschätzt wird, explizite und implizite geschlechtsspezifische Vorurteile bekämpft werden und die Regierungen über die Mittel verfügen, auf unsere gemeinsamen Herausforderungen zu reagieren", schreibt Frau Peter-Hansen. Der Bericht schlägt insbesondere die Einführung folgender Maßnahmen vor - eine dauerhafte Steuer auf überschüssige Gewinne in allen Sektoren angesichts der zunehmenden Belege dafür, dass die Inflation zum Teil gewinnabhängig ist; - eine EU-weite Verbotsteuer auf Privatjets, um den hohen Kohlendioxidemissionen Rechnung zu tragen; - eine Kohlendioxidsteuer, die das Verursacherprinzip gewährleistet; - eine progressive Vermögenssteuer, ähnlich dem globalen OECD/G20-Steuerabkommen für Unternehmen. Die Abstimmung im ECON-Ausschuss über den Bericht ist für den 24. Oktober und die Abstimmung im Plenum für den 11. Dezember 2023 vorgesehen.

## **EU-Steuerbeobachtungstelle (EUTAX Observatory) veröffentlicht Arbeitspapier zur Eigenmittelabgabe auf Unternehmensgewinne**

Die EU-Steuerbeobachtungsstelle hat in einem am Dienstag, den 4. Juli, veröffentlichten Arbeitspapier den Perimeter analysiert und länderspezifische Einnahmeschätzungen für die neu vorgeschlagene befristete statistisch basierte Eigenmittelabgabe auf Unternehmensgewinne vorgelegt. Die vorgeschlagene Abgabe auf Unternehmensgewinne würde einem Abrufsatz von 0,5 % auf einen "statistischen Proxy" für Unternehmensgewinne in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entsprechen, d.h. dem Bruttobetriebsüberschuss gemäß der Definition im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 für finanzielle und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften. Das Arbeitspapier bewertet die vorgeschlagene befristete Unternehmensgewinnabgabe sowohl gut in Bezug auf das Einnahmepotenzial und die Einfachheit als auch voll in Bezug auf eine schnelle Mobilisierung. Die prognostizierten Gesamteinnahmen auf der Grundlage der Daten für 2021 liegen zwischen 3,5 Mrd. € und 17,7 Mrd. €, je nachdem, welcher Satz verwendet wird. Es überrascht nicht, dass die Mitgliedstaaten mit der größten Wirtschaft in absoluten Zahlen den größten Beitrag leisten werden (Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien), so die Autoren. Relativ gesehen werden jedoch die Mitgliedstaaten mit einem größeren Anteil der Unternehmensgewinne an ihren gesamten Steuereinnahmen die größten Beiträge leisten (z. B. Irland und Luxemburg).

## **Kroatische Steuerberaterkammer (HKPS) tritt ETAF mit Beobachterstatus bei**

Die Kroatische Steuerberaterkammer (HKPS) wird am 1. Juli 2023 Mitglied der European Tax Adviser Federation (ETAF). Alle ETAF-Mitglieder sind erfreut über diese Entscheidung und freuen sich auf eine konstruktive und fruchtbare Zusammenarbeit mit der HKPS. Die im November 2011 in Zagreb gegründete HKPS erfüllt alle Voraussetzungen für die Aufnahme in die ETAF, unter anderem, dass der Beruf des Steuerberaters gesetzlich geregelt ist. Die Entscheidung, den Antrag der HKPS als Beobachtermitglied anzunehmen, wurde am 28. Juni 2023 während der ETAF-Generalversammlung in Brüssel einstimmig getroffen. Bei dieser Gelegenheit durften die Delegierten der Generalversammlung den Präsidenten der HKPS, Damir Brajković, als Gast begrüßen.

### **Haftungsausschluss**

Der Newsletter enthält Informationen über europäische Steuerpolitik und Entwicklungen, die aus offiziellen Dokumenten, Anhörungen, Konferenzen und der Presse stammen. Er spiegelt weder die offizielle Position der ETAF wider noch sollte er als schriftliche Erklärung im Namen der ETAF verstanden werden.

### **Hinweis**

Die Übersetzung des englischen Originaltexts erfolgt maschinell. Der DStV steht nicht für die Richtigkeit der Übersetzung ein. Der Originaltext findet sich unter: News - European Tax Adviser Federation (etaf.tax)